

Entschließungsantrag

der Bundesrä:innen Korinna Schumann,
Genossinnen und Genossen

betreffend kommunalen Wohnbau finanzieren, leistbares Leben ermöglichen

eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 15. Mai 2024 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Finanzausgleichsgesetz 2024 geändert wird (4014/A und 2544 d.B.)

Die Kosten für das Wohnen sind massiv gestiegen, Mietpreise sind bis zu einem Viertel höher als noch vor eineinhalb Jahren. Auch die Preise für den Erwerb oder den Bau von Wohneigentum sind mittlerweile kaum noch leistbar, die Maßnahmen der Regierung kamen zu spät, oder waren zu wenig wirksam. Auf diesen Umstand weist die Sozialdemokratie mittlerweile seit mehreren Jahren hin, nach und nach wurden Maßnahmen dann auch von der Regierung übernommen, aber sind – wie man am Beispiel der Mietpreisbremse sieht – häufig nicht ausreichend, oder kamen auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung einfach zu spät.

Das Paket der Regierung ist grob mangelhaft, weil es unter anderem den kommunalen Wohnbau überhaupt nicht fördert. Auch die Verbesserungsversuche der Bundesregierung ändern daran nichts, aus diesem Grund fordert die SPÖ auch dass der Zweckzuschuss des Bundes von einer Milliarde Euro auch für den kommunalen Wohnbau verwendet werden kann.

Außerdem ist es zentral, dass die Länder die Mittel nicht nur zur Hälfte in das Folgejahr, sondern zur Gänze für die beiden folgenden Jahre mitnehmen können, damit jenes Geld, das nun eingesetzt wird, auch dort ankommt, wo es benötigt wird – nämlich bei den Menschen in den Gemeinden und den Ländern.

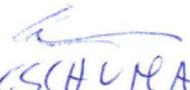
Zudem braucht es auch längerfristig eine Strategie für den Zugang zu Krediten für die Schaffung von Wohneigentum und damit Mittel zur Ankurbelung der Bauwirtschaft. Aus diesem Grund ist es zentral die Zinsen, die bei flexiblen Kreditraten bei bestehenden Krediten, aber auch bei der Aufnahme von Krediten, aktuell das Absterben des Konjunkturmotors in der Bauwirtschaft bedeuten, massiv zu senken und mit drei Prozent für die ersten 300.000 Euro zu begrenzen, dass es den Menschen in Österreich wieder möglich wird, die monatlichen Raten bedienen zu können. Finanziert kann das nur von den Banken selbst werden, die in den letzten Jahren Rekordgewinne von bis zu 14 Milliarden Euro gemacht haben, während die Menschen nicht mehr im Stande sind, ihre Raten zu bezahlen.

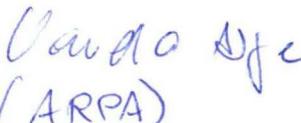
Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Bundesrättinnen und Bundesräte folgenden

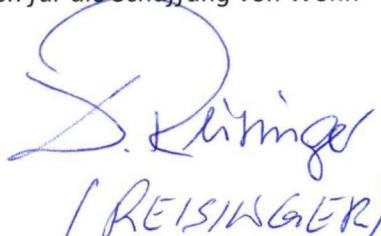
Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dem Nationalrat und dem Bundesrat umgehend eine Novelle des Finanzausgleichsgesetzes zuzuleiten, mit dem die notwendigen Mittel in der Höhe von einer Milliarde Euro auch für die Stärkung des kommunalen Wohnbaus zur Verfügung gestellt werden und diese von den Ländern und Gemeinden auf die Dauer von zwei Jahren zu 100 Prozent mitgenommen werden können. Weiters wird der Bundesminister für Finanzen aufgefordert, Nationalrat und Bundesrat eine Vorlage vorzulegen, mit der Übergewinne der österreichischen Banken besteuert und diese Mittel zur Senkung der Kreditzinsen für die Schaffung von Wohnbau bzw. Wohnraum eingesetzt werden.“


(SCHUMAHRN)


(ARPA)


S. Klössinger
(REISINGER)